

Politik im streitbaren Dialog – Plädoyer für ein gemeinsames Denken im streitbaren Dialog zwischen Bürger/innen und Politik

Harald Bolle-Behler

Ausgangsszenario: Strittige Vernunft

Das Szenario ist bekannt: Nach langer Vorlaufzeit – und möglicherweise auch noch auf der Grundlage eines vorausgegangenen Rahmenbeschlusses – schlägt die Verwaltung in einer Vorlage den Beschluss einer Maßnahme bzw. eines Projekts vor, der in den Fraktionen und Fachausschüssen ausgiebig diskutiert und schließlich im Gemeinderat mehrheitlich beschlossen wird. Damit steht auch die Politik mehrheitlich hinter diesem Projekt, hält es für sinnvoll, notwendig und vernünftig. Der Ratsbeschluss ist für sie der Schlusspunkt eines Prozesses, in dem alles gründlich erörtert und bedacht wurde.

Die Öffentlichkeit ist über diesen Abstimmungsprozess durch die Berichterstattung in der Lokalpresse und Informationen der Verwaltung sowie durch »Insiderwissen« informiert. Bereits frühzeitig wird vereinzelt öffentliche Kritik laut. Aber erst nach dem Gemeinderatsbeschluss, wenn es an die Umsetzung des Beschlusses geht, wird die Kritik massiver. Es formiert sich Widerstand, der schließlich in ein Bürgerbegehren mündet.

Möglicherweise könnte eine solche Entwicklung durch frühzeitige Bürgerbeteiligung vermieden werden: Bürger/innen werden von der Verwaltung in einem informellen Beteiligungsverfahren ausführlich informiert und erhalten die Gelegenheit zu Anregungen und Bedenken, d.h. zum Mitdenken an den städtischen Plänen.

Dieses »Mitdenken lassen« ist der übliche Modus einer Bürgerbeteiligung. Dabei unterliegt die Beurteilung der von den Bürger/innen geäußerten Anregungen und Bedenken keinem neutralen Maßstab, sondern den abgestimmten Vorgaben von Politik und Verwaltung. Anders ausgedrückt: Die Denkkordnung des administrativ-politischen Planungsprozesses bestimmt den Rahmen für diesen »Dialog mit den Bürgern«, innerhalb dessen »vernünftig« miteinander geredet und mitgedacht werden kann.

Kritische Bürger/innen denken aber häufig völlig anders als Politik und Verwaltung. In der Auseinandersetzung stoßen verschiedene Denkkordnungen (1) aufeinander, und jede Denkkordnung lässt bestimmte Fraglichkeiten entstehen, andere nicht, und bestimmt auf ihre Weise und in ihrem Sinne, was als »vernünftig« gilt und was nicht. Im Dissens werfen sich die Konfliktparteien dann gegenseitig ein falsches Denken und Unvernunft vor.

Bürgerbeteiligung ist Sache der Verwaltung. Und die Politik?

Betrachtet man die heutige Praxis kommunaler Selbstverwaltung von ihrer Entstehung her, so zeigt sich, dass das Handlungskonzept von Politik und Verwaltung unabhängig von lokalen Besonderheiten einer bestimmten Denkkordnung kommunalen Handelns verpflichtet ist.

Eckpfeiler dieser Denkordnung sind das »Kommunale Steuerungssystem« der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (kurz KGSt) und das »Good Governance-Konzept« mit dem darin verankerten Strategischen Management-Ansatz der Bertelsmann Stiftung (2).

Diese Denkordnung hat das Kräfte-Dreieck zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern (3), zugespitzt formuliert, mehr oder minder in ein duales Verhältnis überführt: mit dem Hauptakteur Verwaltung und der in das strategische Management eingebundenen Politik auf der einen Seite und den Bürger/innen als strategische Variable auf der anderen Seite. Die Politik initiiert – so der Anspruch – die übergreifenden strategischen Ziele, legt Budgets oder unterschiedliche Standards für die Leistungserbringung fest und kontrolliert/evaluiert die Umsetzung anhand eines strategischen Berichtssystems der Verwaltung. Zur operativen Ebene und damit zum Aufgabebereich der Verwaltung gehören die Bürgerbeteiligung und ein »organisierter Dialog« als Steuerungsinstrument mit strategisch zugeschnittenen Beteiligungsangeboten und Themen. Damit fällt die Politik bzw. hält sie sich praktisch aus dem Kräftedreieck heraus. Der Dialog mit den Bürgern ist Sache der Verwaltung!

Entgegen dieser Praxis wird hier dafür plädiert, dass sich die Kommunalpolitik aus der ihr in dieser Denkordnung zugeordneten verengten Rolle befreit und den Dialog mit den Bürger/innen auch zu ihrer eigenen Sache macht. Dadurch würde das Kräftedreieck Bürger-Politik-Verwaltung revitalisiert! Wie aber sähe ein solcher Dialog aus? Kann es dabei lediglich um ein »Mitdenken lassen« gehen? Ist ein Dialog in politischen Auseinandersetzungen überhaupt möglich? Welche Grundhaltung ist dafür erforderlich? Und worin bestünde der Anreiz, sich der Herausforderung eines solchen Dialogs zu stellen?

Auf der Schwelle zum Dialog

Wenn unterschiedliche Positionen aufeinanderstoßen, die in verschiedenen Denkordnungen begründet sind, kommt es an der Grenzlinie zwischen Konfliktparteien nicht selten zu Sprachlosigkeit und Feindschaft. Diese Grenze wird bei jedem Aufeinandertreffen erneut gezogen, modifiziert oder verfestigt, indem die Kontrahent/innen sich jeweils von ihrer Seite aus und in ihrem Sinne von der anderen Seite abgrenzen und unterscheiden. Das, was ich von der anderen Seite höre, trifft mich von dort kommend als genuin Fremdes, das für mich erst im Rahmen meiner Denkordnung einen Sinn erhält - oder eben Un-sinn, Un-vernunft.

Natürlich gibt es auch auf jeder Seite Konflikte, bei denen es Gegner, aber keine Feinde gibt. Stoßen jedoch verschiedene Denkordnungen aufeinander, werden aus sachlichen Konflikten und Gegnerschaften schnell Feindschaften, die auf den Anderen selbst zielen. Das beginnt mit der Erzeugung von Feindbildern. Der Gegner wird zum Feind, indem wir nicht mehr nur nein zu dem sagen, was der Andere sagt und tut, sondern zu ihm selbst nein sagen.

»Was sich anbietet, ist ein Grenzverhalten, das sich auf Fremdes einlässt, ohne es dem Eigenen gleichzumachen« (4). Die Plattform dafür ist ein Dialog, der darauf gründet, dass auch das eigene Denken sich im Rahmen einer bestimmten Denkordnung bewegt, die auch anders sein könnte (aber eben nicht beliebig »wie auch im-

mer«, was ausschließt, dass aus der Reibungsfläche unterschiedlichen Denkens und Fühlens eine reibungslose Belanglosigkeit nebeneinander stehender Auffassungen und Empfindungen wird).

Ein solcher Dialog kann sich nicht auf den Bahnen eines »Mitdenken lassen« bewegen, das der einen Seite von der anderen gewährt wird. Angesagt ist stattdessen ein gleichberechtigtes gemeinsames Denken, das beim Anderen bzw. anderswo beginnt, »nämlich bei dem, was mich auffordert, anlockt und anspricht, indem es meine eigenen Möglichkeiten übersteigt« (5). Die Grundformel dafür lautet: Mich interessiert, was du sagst, ich höre dir aufmerksam zu und knüpfe an das an, was du sagst!

Eine entscheidende Hürde ist die Bereitschaft, sich auf einen solchen offenen Grenzverkehr im Dialog einzulassen, zumal dann, wenn der Konflikt von tiefem Misstrauen geprägt ist und es eine Vorgeschichte wechselseitiger Verletzungen gibt. Hinzu kommt die Unsicherheit über das, was im Dialog auf mich zukommt: es ist weder ein Ziel, das ich vorwegnehmen kann, noch eine Kausalwirkung, die sich vorausberechnen lässt. Bereitschaft zum Dialog erfordert also den (inneren) Schritt, auf die Schwelle zum Dialog zu treten, Luft zu holen und zu springen.

Anders ausgedrückt: Dialog erfordert die Bereitschaft und den Mut, sich offen auf ein Gespräch über Grenzen des eigenen Verständnisses hinweg einzulassen. Es ist, wie Bernhard Waldenfels es ausdrückt, ein Sprung über eine Kluft von einer Sinnprovinz in eine andere: »Zwischen einer ›Sinnprovinz‹ und einer anderen liegt ein Sprung, und das Zögern auf der Schwelle ist gerade ein Zögern vor dem Sprung. Übergangsriten dienen dazu, diesen Sprung deutend zu erleichtern. Von einem Sprung über eine Kluft hinweg sprechen wir insoweit, als es keine tragende Ordnung gibt, die beide Bereiche umschließt und übergreift« (6).

Erst wenn ich mich auf das ungewisse Terrain des Dialogs eingelassen habe (ich also gesprungen bin), kann ich mich bemühen, den Dialog gemeinsam mit den anderen Teilnehmer/innen im Sinne einer dialogischen Grundhaltung einzuüben.

Grundhaltung des Dialogs und Dialogkompetenz

Dialog wird hier verstanden als ein Ort der Gastfreundschaft, der Raum bietet für die Thematisierung von Konflikten und Widersprüchlichkeiten und das Aufspüren neuer Antworten. Bei einem solchen streitbaren Dialog geht es in erster Linie nicht um Konsens, sondern um Erkenntnis und um Denkanstöße für eine sich ändernde Praxis.

Die Teilnehmer/innen eines solchen Dialogs begegnen sich untereinander als Gäste und respektieren sich als Fremde. Sie sind durch das Gastrecht geschützt und halten sich selbstverpflichtend an die Regeln des Gastgebers oder der Gastgeberin, die ihrerseits auf deren Einhaltung achten. Zu den anfänglichen Mindestregeln gehört, den Anderen höflich zu begegnen, ihnen zuzuhören, sie ausreden zu lassen und sich selbst im Sprechen kurz zu fassen (keine Monologe). Und generell gilt: »Die Waffen sind am Eingang abzugeben« – wozu auch die sonst üblichen gegenseitigen Unterstellungen, Verdächtigungen und Beschuldigungen gehören.

So wichtig dieser regelgebundene Schutz auch ist: entscheidend für den Dialog ist ein Mindestmaß an Vertrauen, ein Vertrauensraum. Vertrauen kann weder vorausgesetzt werden, noch entsteht es beiläufig. Es entsteht und wächst auf der Grundlage einer bewusst praktizierten dialogischen Grundhaltung: der Dialog beginnt in jedem selbst, und er erfordert Aufmerksamkeit und gemeinsame Arbeit am Dialog.

Anknüpfend an William Isaacs (7) kann die Grundhaltung des Dialogs in vier Praktiken unterteilt werden, die eng miteinander verbunden sind:

Das Fremde im Denken und Fühlen der anderen respektieren

Wir kommen jeweils von woanders her, mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und Perspektiven, und begegnen einander eher fragend und interessiert, statt (besser) wissend, mit der im Rahmen der Gastfreundschaft gebotenen Achtung, Aufmerksamkeit und Rücksicht gegenüber der Person des Anderen. Respektieren heißt auch, zu dem, was der oder die Andere sagt, nein sagen zu können, ohne zu ihnen selbst nein zu sagen.

Aufmerksam zuhören

Ich höre nicht nur auf das, was die Anderen sagen, also auf das Gesagte, sondern achte auch auf das, was in ihrem Sagen mitschwingt. Die Aufmerksamkeit unterliegt dabei einem Wechselspiel von fremder Einwirkung und eigenem Tun: wenn mir etwas auffällt, merke ich innerlich auf. Dieses Aufmerken, in dem das Aufgefallene Gestalt annimmt, ist bereits eine erste (innere) Antwort auf das, was mir im Hören widerfährt: das Sprechen beginnt im Zuhören. Aufmerksamkeit wird geschenkt oder verweigert. »Dieses Schenken und Verweigern ist selbst bereits eine Antwort auf das, was uns entgegenkommt« (8). Bereits das aufmerksame Zuhören kann eine Atmosphäre erzeugen, die dazu führt, dass man sich wahrgenommen und respektiert fühlt.

In der Schwebe halten

Im Dialog versuche ich, meine eigene Einstellung zum Gehörten und meine im Hören wahrgenommenen Gefühle in der Schwebe zu halten: ich stelle sie nicht in Frage, sondern versuche lediglich, im Moment des Zuhörens keinen Gebrauch von ihnen zu machen. Ein gedankliches Hilfsmittel dafür ist, das Gehörte und die aufkommenden Gedanken und Gefühle gleichsam vor sich aufzuhängen (wie auf eine Wäscheleine) und sie als Zuschauer zu betrachten – sie auf diese Weise wahrzunehmen, ohne sie zu kommentieren und Partei zu ergreifen.

Im Sprechen »laut denken«

Der geschützte Raum des Dialogs ermöglicht ein Sprechen im Fluss des Denkens: ich weiß noch nicht genau, wie ich es ausdrücken soll und wo mein Reden (mich) hinführt, aber ich versuche es einmal. Ein solches »lautes Denken«, das das sichere Terrain schon durchdachter (fertiger) Gedanken und vorgefasster Antworten überschreitet, erfordert wechselseitiges Vertrauen, auch Vertrauen in sich selbst. Dabei geht es auch nicht darum, anderen das eigene Denken aufzudrängen und sie überzeugen zu wollen.

Vertrauensbildende Maßnahmen für den Dialog bestehen im Kern im Einüben einer solchen Grundhaltung. Das nenne ich die gemeinsame Arbeit am Dialog. Das Einüben wird vor allem dann möglich, wenn der Dialog nicht nur ein hin und wieder stattfindendes Einzelereignis ist, sondern sich als Gesprächsserie über einen längeren Zeitraum erstreckt. In diesem Sinne verstehe ich Dialog auch als ein serielles Gespräch.

Zur gemeinsamen Arbeit am Dialog gehört, dass dieser selbst immer wieder reflektiert wird. Das erfordert Unterbrechungen und ein »Verlassen der Bühne«, um den Ablauf des Dialogs sozusagen von außen aus einer gewissen Distanz heraus wahrnehmen und einschätzen (thematisieren) zu können. Dazu dienen auch die Ausstiegsrunden am Ende eines jeden Dialogs.

Auf diese Weise wird das Wollen des Dialogs zunehmend durch ein Können gestützt: Dialog erfordert eine Bereitschaft zum Dialog und braucht Kompetenz, um gemeinsam einen Dialog führen (herstellen) zu können. Die Dialogkompetenz erwächst aus der Erfahrung, der Praxis des Dialogs.

Mehr Demokratie wagen durch streitbaren Dialog zwischen Bürger/innen und Politik

Kehren wir zu unserem Ausgangsszenario zurück. »Wesentlich bei der kommunalen Selbstverwaltung im politischen Sinn ist« – so heißt es auf der Internetseite des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Inneres und Soziales (MIK NRW) – »das ehrenamtliche Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger und deren maßgeblicher Einfluss auf die Verwaltung«.

Im engeren Sinne ist damit der Einfluss des Gemeinderats als »ehrenamtliche Verwaltung« auf die hauptamtliche Verwaltung gemeint, denn nach dem Grundsatz der repräsentativen Demokratie wird die Bürgerschaft durch den Rat (und den/die Bürgermeister/in) vertreten. Oder anders ausgedrückt: Die Bürger/innen sind über die von ihnen gewählten ehrenamtlichen Ratsmitglieder an der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt.

Außerdem werden sie im Rahmen von Bürgerbeteiligungen (Mitdenken lassen) informiert und erhalten im öffentlichen Austausch die Gelegenheit, Anregungen und Bedenken zu formulieren (partizipatorische und deliberative Demokratie).

Mit der Einführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids wird das repräsentative System durch ein Element direkter Demokratie durchbrochen, das der »Verbesserung der bürgerschaftlichen Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung dient« (MIK NRW). Diese Veränderung verleiht den Bürger/innen als eigenständige Akteure neben ihrer politischen Vertretung im Gemeinderat ein stärkeres Gewicht, wodurch sich auch das Kräftedreieck Bürger-Politik-Verwaltung und die Beziehungen dieser drei Kräfte zueinander neu akzentuieren. Das betrifft in besonderem Maße die politische Willensbildung im Verhältnis zwischen den Bürger/innen und ihren durch Wahlen legitimierten Vertreter/innen in der »ehrenamtlichen Verwaltung«.

Hier setzt das Plädoyer für einen streitbaren Dialog zwischen Bürger/innen und Politik an: die Ratsfraktionen und Stadtverbände der am Ort vertretenen Parteien und politischen Vereinigungen sollten sich bei ihrer Meinungsbildung unabhängig bzw. im weiten Vorfeld von konkreten Entscheidungssituationen stärker für ein gemeinsames Denken im streitbaren Dialog »auf Augenhöhe« mit den Bürger/innen öffnen.

Das erfordert zweifellos die Souveränität und den Mut, das eigene Denken (»die eigene Vernunft«) in Frage zu stellen bzw. in der Schwebelage zu halten und »Sachzwänge« offen zu hinterfragen. Auf eine kurze Formel gebracht: Gemeinsam denken im Dialog, verbunden mit einem Denken in Alternativen, als Antwort auf ein (anfängliches) Denken in Positionen.

Für die Politik hieße das letztlich, »zweigleisig« zu fahren. Waldenfels: »Warum sollte eine Politik nicht zweigleisig verfahren? Dies hieße, den Umständen gemäß Kompromisse schließen, das Mögliche tun und das Unmögliche nicht außer Acht lassen. Unter dem Un-möglichen verstehe ich nicht das Wünschenswerte, das Utopische im traditionellen Sinne, das unsere Möglichkeiten ins Unendliche erweitert, sondern Fremdes, das den persönlichen, den kollektiven oder den operationalen Möglichkeitsspielraum sprengt und mit dieser Sprengkraft dem Leben seine Spannkraft verleiht. **Warum sollte es nicht ein Überkreuz von Machen und Denken geben, an Stelle einer Zweiteilung, die das Machen dem politischen Werktag, das Denken den politischen Sonntagsreden vorbehält?** (Hervorhebung durch den Autor)«. (9)

Ein gemeinsames Denken im streitbaren Dialog mit Bürger/innen als quasi integraler Bestandteil des (kommunalen) Politikverständnisses stünde auch nicht notwendigerweise in einem konkurrierenden Verhältnis zur institutionalisierten Bürgerbeteiligung im Sinne eines Mitdenken Lassens durch die Verwaltung. Beide Ebenen könnten sich vielmehr im Sinne einer kommunalen Dialogkultur ergänzen.

Der streitbare Dialog zwischen Bürger/innen und Politik könnte auch als Scharnier zwischen den Möglichkeiten der repräsentativen und partizipatorischen bzw. deliberativen Demokratie einerseits und denen der direkten Demokratie andererseits verstanden werden. Und wenn es auf der Internetseite des MIK NRW heißt: »Bürgerbegehren und Bürgerentscheid – Mehr unmittelbare Demokratie in den Gemeinden wagen«, so könnte das Motto hier lauten: Mehr Demokratie wagen durch streitbaren Dialog zwischen Bürger/innen und Politik.

Lesetipp

Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Buch des Autors, das Ende 2015 im Verlag der Stiftung Mitarbeit erscheint:

Harald Bolle-Behler: Politik im streitbaren Dialog. Plädoyer für eine kommunale Gesprächskultur. mitarbeiten.skript Nr. 09, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2015, 32 S., 5,00 Euro, ISBN 978-3-941143-24-1.

[http://www.mitarbeit.de/pub_einzelansicht.html?&tt_products\[backPID\]=1009&tt_products\[product\]=90&tt_products\[cat\]=5&cHash=e4e35739fcc03f1897263e33660c39b2](http://www.mitarbeit.de/pub_einzelansicht.html?&tt_products[backPID]=1009&tt_products[product]=90&tt_products[cat]=5&cHash=e4e35739fcc03f1897263e33660c39b2)

Anmerkungen

Dieses Plädoyer für einen streitbaren Dialog thematisiert Erfahrungen einer zweijährigen Bürgerwerkstatt in Witten (NRW), die der Autor moderiert hat. Der Beitrag versteht sich selbst als Anregung und Angebot für einen streitbaren Dialog, der Erfahrungen und Denklinien aufgreift und sie durchbricht, indem aus anderen Perspektiven und im Sinne anderer Denkkordnungen daran angeknüpft und neuartig weitergedacht wird – als Denkanstoß für eine sich ändernde Praxis.

(1) Für Bernhard Waldenfels ist »eine jegliche Ordnung (...) nicht weniger, aber auch nicht mehr als die Verkörperung eines bestimmten Gesichtspunktes, als ein Gesichtsfeld, das seine spezifische Optik, seine eigene Perspektive hat: ein so und nicht anders.« Waldenfels 2002, S. 255.

(2) Vgl. dazu Bolle-Bebler (2015): Politik im streitbaren Dialog, S. 18.

(3) Die unterschiedlich wählbare Reihenfolge in der Benennung dieses Dreiecks weist verschiedene Konnotationen auf. Die Reihenfolge Bürger-Politik-Verwaltung suggeriert: »oben« steht der Bürger als der eigentliche Souverän, gefolgt von der Politik als der vom Bürger durch Wahlen legitimierte Hauptakteur, der wiederum die Verwaltung als »ausführendes Organ« beauftragt und kontrolliert.

(4) Waldenfels 2013a, S. 39.

(5) Waldenfels 2012b, S. 183.

(6) Waldenfels 2013b, S. 35.

(7) Isaacs unterscheidet vier Dialogpraktiken: Respektieren, Zuhören, Suspendieren und Artikulieren. Unter Praktik oder Übung versteht Isaacs eine wiederholte Aktivität, die zu einer bestimmten Erfahrung führt. Isaacs 2002, S. 83ff.

(8) Waldenfels 2012a, S. 103.

(9) Waldenfels 2001, Kap. VI. Politik inmitten von Normalität, Widerstreit und Fremdheit, S. 155.

Literaturverzeichnis

Bolle-Bebler, Harald (2015): Politik im streitbaren Dialog. Plädoyer für eine kommunale Gesprächskultur, Bonn.

Isaacs, William (2002): Dialog als Kunst gemeinsam zu denken. Die neue Kommunikationsstruktur in Organisationen, Bergisch Gladbach.

Waldenfels, Bernhard (2001): Verfremdung der Moderne, Göttingen.

Ders. (2002): Bruchlinien der Erfahrung, Frankfurt a. M.

Ders. (2012a): Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden, Frankfurt a.M., 4. Auflage.

Ders. (2012b): Hyperphänomene, Berlin.

Ders. (2013a): Der Stachel des Fremden, Frankfurt a.M., 5. Auflage.

Ders. (2013b): Ordnung im Zwielficht, München, Neuauflage..

Autor

Harald Bolle-Behler, Diplom-Ökonom, Jg. 1948, langjähriger Leiter des Amts für Statistik und Stadtentwicklung der Stadt Witten unter dem handlungsleitenden Grundsatz »Stadtentwicklung im Dialog«. Danach moderierte er 2011/12 ehrenamtlich eine zweijährige Bürgerwerkstatt zur Neuausrichtung des Wittener Büchereisystems. Seit 2011 leitet er den Gesprächskreis »Einladung zum Dialog« an der Volkshochschule Witten-Wetter-Herdecke.

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de